

Beilage zu Nr. 16795 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, 1. Dezember 1887.

Reichstag.

4. Sitzung vom 30. November.

Die erste Berathung des Stats wird fortgesetzt.

Abg. Graf **Behr-Dehrens** (Reichsp.) will auf die Frage der Kornzölle heute nicht eingehen ebensowenig auf die Frage der mehr oder weniger übersichtlichen Aufstellung des Stats. Dem Redner genügt es zu konstatiren, daß der neue Etat ein erfreulicheres Bild bietet als seine Vorgänger in Folge der Branntweinsteuer. Die Zuckersteuer muß, eventuell durch eine andere gesetzliche Regelung, in Zukunft 50—60 Mill. einbringen. Ersparnisse sind um so notwendiger, als wir vor der wichtigen Frage der Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter stehen mit einer Anforderung von 59 Mill. an das Reich. Es ist auch an der Zeit, an die Amortisation unserer Reichsschuld zu denken und von der Aufnahme neuer Anleihen abzusehen. Für den Gedanken, die Gehälter der Reichsbeamten im Allgemeinen zu erhöhen, kann sich der Redner zur Zeit nicht begeistern. Sie sind jetzt bei dem Sinken aller Preise nicht schlechter, sondern eher besser gestellt als früher, und dann würden auch die Einzelstaaten diesem Beispiel folgen müssen und es würde wieder eine neue Belastung entstehen. Einzelne Kategorien, hauptsächlich von Subalternbeamten, verdienen allerdings eine Verbesserung ihrer Gehälter, und nur diesen sollten die Wittwen- und Waisenbeiträge erlassen werden, während die höheren Beamten und Offiziere wenigstens zur Zeit von dieser Wohlthat auszuschließen wären. Am wenigsten aber wäre Sparsamkeit angebracht bei der Militärverwaltung; das wäre keine weiße Sparsamkeit, sondern Verschwendung. Auch die Reichspartei ist bereit, für die Machtstellung Deutschlands den letzten Groschen und den letzten Mann zu bewilligen. (Beifall rechts.)

Abg. **Bebel** (Soz.). Wesentlich von dem Militäretat abhängig, ist der Etat auch in diesem Jahre wieder bedeutend gewachsen. Von 1883/84 bis jetzt ist der Militäretat von 835 auf 363 Mill. gestiegen, eine Steigerung von über 8 Proc, der Marine-Stat von 27 auf fast 36 Mill., also um 35 Proc, der Pensionsfonds seit 1854/55 um 42 Proc. Die Verzinsung der Reichsschuld beträgt, während wir vor 12 Jahren überhaupt keine Schulden hatten, jetzt 27 Mill. Man sagt uns, daß wir unsere Rüstung behalten müssen, daß bei anderer Stellung gegen die verschiedenen Großmächte Europas ein solcher bewaffneter Zustand absolut notwendig sei. Genau so sprach man, als es sich früher in Preußen allein um die Vermehrung der Militärlasten handelte: „an eine Erleichterung der Militärlast sei nicht zu denken, ehe nicht eine Einigung Deutschlands herbeigeführt sei.“ Da passirte dann 1866 etwas, was die Gräueltat des Reichstags einen „christlichen Ueberfall“ nennt (Große Unruhe), wo Deutsche gegen Deutsche kämpften, wo man sich nicht scheute, als man in Böhmen einrückte, durch eine Proclamation das Volk gegen den angestammten Herrscher aufzureizen. Lasse man doch diesen historischen Thatfachen gegenüber die Heuchelei, als ob die deutsche Nation die tugendhafteste auf der Erde sei im Gegensatz zu allen anderen! (Große Unruhe.) Es ist notwendig, derartiges von der Trias des deutschen Reichstages aus auszuspülen.

Präsident v. **Wedell** ruft den Redner zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Abg. **Bebel**; Dann kam die erste Einigung Deutsch-

lands im Norddeutschen Bund, ohne daß die Militärlast vermindert wurde, da wir gegen Frankreich gerüstet sein mußten. Alsdann, nach dem siegreichen Krieg mit Frankreich, blieb trotzdem alles beim Alten, man wies auf den Segner an der Ostgrenze hin. Unsere Rüstung wurde sogar verstärkt. Jetzt soll abermals ein Gesetz über die Organisation der Landwehr und des Landsturms im Sinne einer weiteren Verstärkung beschlossen werden, und das in einem Augenblick, wo man versichert, mit den Nachbarstaaten auf freundschaftlichem Fuße zu stehen, wo Bündnisse mit anderen Nationen hergestellt werden konnten, die für den Kriegsfall ihre eigene Macht Deutschland zur Verfügung stellen. Was hat uns in diese Situation gebracht, daß wir immer gerüstet sein müssen? Das war die Annexion von Elsaß-Lothringen, die in Frankreich nicht vergessen wird und die Revanchegelüste hervorgernnen hat. Wie soll nun dieser Zustand enden? Es wird uns versichert, der Friede sei nicht gefährdet, wenn wir immer stärker gerüstet seien. Ich behaupte das Gegentheil: je mehr die Nationen gerüstet sind, um so gefährdeter ist der Friede. Ich habe dafür auch die Autorität des Grafen Moltke, der am 4. Dezember 1886 bei Berathung der Militärvorlage den Ausspruch that: „Ganz Europa starrt in Waffen; wir finden die Nationen überall gerüstet. Dies drängt mit Naturnothwendigkeit auf baldige Entscheidungen.“ Je stärker die Rüstungen, desto notwendiger ist das Zusammentreffen mit dem Segner, weil die Völker diese ungeheuren Lasten auf die Dauer nicht tragen können. So werden die Dinge gehen, bis es zum Aeußersten kommt, und der Krieg, der dann entsteht, wird von einer Furchtbarkeit sein, wie ihn die Menschheit noch nie erlebt. Die zur Massenvermehrung bestimmten Werkzeuge werden immer mehr verbessert, die Waffentechnik schreitet dermaßen fort, daß Waffen, schon ehe sie in Gebrauch genommen werden, für unbrauchbar erklärt werden. Dazu kommt die ungeheure Verstärkung der Artillerie und der Befestigungseinrichtungen. Bei dem Mißtrauen, welches alle Mächte Europas gegenwärtig befallen hat, und bei der ungeheuren Wachsamkeit aller Mächte werden Ueberumpelungen wie bisher nicht stattfinden können, und deshalb wird der Krieg von einer Dauer sein, wie keiner seiner Vorgänger. Am Tage der Kriegserklärung werden Tausende von Existenzen bankrott sein, eine ökonomische Folge unserer Zeit. Die ungeheuren Steuerlasten aber werden nur von den großen Massen getragen; diese haben nicht bloß Blutsteuer, sondern auch Gultsteuer zu tragen, denn die Lasten werden wesentlich auf dem Wege der indirecten Besteuerung aufgebracht. Eine Reform der directen Steuern in Preußen wird noch lange nicht zu Wege kommen, da die besitzenden Klassen sich scheuen, die Lasten zu übernehmen, d. h. die indirecten Steuern in directe zu verwandeln. Fürst Bismarck hat sich selbst als Segner der directen Steuer bekannt, die höchstens eine „Anstandssteuer“ ohne namhafte Erträge sein dürfe. Wir in Sachsen haben das relativ beste Besteuerungssystem: die directe progressive Einkommensteuer erzieht 17 Millionen dagegen die Grundsteuer nur 3 Mill., die übrigen Einnahmequellen kaum 1 Mill. Preußen könnte nach dem gleichen System statt 143 Mill. 192 Mill. Ertrag directer Steuern haben und damit sein Deficit aus der Welt schaffen. Davor scheut man sich aber; man will Schutz der Großen, Belastung der Kleinen, das heißt: eine große Versicherungsgesellschaft der Reichen auf Kosten der Armen. Die Branntwein-

steuer ist eine neue Belastung der arbeitenden Klassen. In der neuen Getreidezoll-Vorlage wird zugegeben, daß die Verdoppelung des Zolles hauptsächlich auf den Preis des Brodes drücken werde. Man kann nicht begreifen, wie eine Regierung, die seit Jahren versichert, auf das Wohl der Arbeiter bedacht zu sein, eine solche Vorlage einbringen kann. Hr. v. Minnigerode hat 1879 berechnet, daß ein Centner Korn 63 Pfd. Mehl und daß 63 Pfd. Mehl 90 Pfd. Brod geben. Nun beträgt die Ration der Gefangenen und Soldaten täglich 1½ Pfd. Brod, pro Jahr also 5½ Centner. Wenn die jetzige Zollerhöhung auf den Brodpreis einwirkt, so macht das für den Arbeiter jährlich 7½ M. aus und bei einer Familie von 4 Kopf circa 20 M. bei einem Einkommen, das 500, 600, in den meisten Fällen nicht über 700 M. beträgt. Ein solcher Schritt wird also wohl überlegt sein. Wenn durch die Zollerhöhung der Preis gehoben werden soll, so haben 75 % der deutschen Ackerbauer davon keinen Nutzen, ein großer Theil nur einen ganz mäßigen, und 1¼ Proc., nämlich diejenigen, welche Hunderte und Tausende von Hectaren besitzen, haben den Löwenantheil. Und das sind in erster Linie die Mitglieder der fürstlichen Häuser, die Aristokratie, die Bourgeoisie, die Rothschilds, Bleichröder und, wie wir gestern hörten, die Schottländer und Cohn. Die gestern erwähnten Namen verschaffen einen interessanten Einblick in die materielle Lage des landwirtschaftlichen Gewerbes. Die Herren versichern, die Landwirtschaft sei in einer Nothlage; mag man nun aber über die Juden denken, wie man will, gute Geschäftsleute sind sie, und wenn reiche Juden Rittergüter kaufen, so müssen sie eine gute Keute davon haben. (Heiterkeit. Widerspruch rechts.) Ja, glauben Sie, man legt sein Geld an, um es zu verlieren? Die Alters- und Invalidenversorgung ist für die arbeitenden Klassen auch nur ein Bettelalmosen, denn der Arbeiter bekommt nicht mehr, als er im Falle seiner völligen Arbeitsunfähigkeit von der Gemeinde erhält, manchmal sogar weniger, und die Opfer dafür trägt er allein. Denn das Drittel, welches das Reich zuzieht, bezahlt der Arbeiter zehnmal in den indirecten Steuern. Sie geben also aus der linken Reichstasche dem Arbeiter, was dieser zehnmal in die rechte Reichstasche gezahlt hat. Ein Drittel zahlt allerdings der Unternehmer, aber der Arbeiter muß erst für diesen arbeiten, damit derselbe es zahlen kann. (Lachen rechts.) In dieser Gestalt erscheint die ganze Socialreform dem Arbeiter. Selbst über das Unfallversicherungsgesetz, das relativ beste Reformgesetz, herrscht in den weitesten Kreisen sehr große Unzufriedenheit: denn der Unternehmer kann den Arbeiter überall zwaden und ihm wieder abnehmen, was er dafür opfern muß. So wollen die rheinisch-westfälischen Großindustriellen die freien Hüftkassen zu Grunde richten, um die gesammte Organisation in die Hände der Unternehmer zu bringen. Die Socialreform ist ein wesentliches Mittel zur Unterdrückung der Arbeiter. Damit Hand in Hand gehen die Maßregeln auf dem Gebiete des Fachvereinswesens, der Strikeerlaß, der für den Arbeiter jede Lohnerhöhung unmöglich macht. Und gerade jetzt, wo Sie die Eröffnung der Socialreform vornehmen wollen, kommen Sie mit der Verlängerung und Verschärfung des Socialistengesetzes. Wenn jetzt religiöse Conventikel der allerhöchsten Herrschaften zusammentreten, um gegen die Socialisten zu kämpfen, so werden alle solche Maßregeln doch nichts nützen. Sie arbeiten in einer Weise auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung hin, daß uns eigentlich nichts mehr

zu thun übrig bleibt. Wir werden unsere Stellung dadurch bezeichnen, daß wir gegen den Etat stimmen.

Abg. **Windhorst**: Abg. v. Bennigsen hat — ich weiß nicht, ob, um ersteren Diskussionen zu entgehen, — uns sehr ausführlich dargelegt, daß der Etat überständiglicher zusammengestellt werden könnte. Er wird das wohl in der Budgetcommission wieder zur Sprache bringen. Viel wird aber dabei wohl nicht herauskommen, denn die Zusammenstellung des Stats ist das Product unserer staatsrechtlichen Verhältnisse, und so lange man diese nicht abändern kann oder will, wird es im wesentlichen bei der jetzigen Aufstellung bleiben. Die sehr prägnanten Ausführungen in Beziehung auf die drei Ueberweisungs-gesetze haben mir weitere Gedanken nahe gelegt, als sich zwischen den beiden ehemaligen Fraktionsgenossen v. Bennigsen und Rickert eine große Uebereinstimmung gezeigt hat. (Zuruf links.) Man ruft mir zu, das sei immer gewesen. (Heiterkeit.) Ich freue mich, daß die alten Freunde wieder zusammenrücken (Heiterkeit), und je mehr die Nationalliberalen zu Hrn. Rickert übergeben, desto mehr gehen sie von der anderen Seite weg, und das mißfällt mir nicht. (Heiterkeit.) Ich kann nur sagen, daß mir das zu denken gegeben hat. Man hat, wenn auch nicht für heute, doch für die Zukunft Pläne, die auf nichts anderes hinauslaufen, als fort und fort an der Herstellung des Einheitsstaates zu arbeiten. Ganz klar und bestimmt sind die Ueberweisungen nichts anderes als eine Stärkung der Einzelstaaten. Und ist es denn recht gethan, diese Ueberweisungen zu bekämpfen, da darin allein, daß wir die Matricularbeiträge beibehalten und diese Ueberweisungen eingeführt haben, die einzige constitutionelle Garantie liegt, die wir überhaupt haben? In Wirklichkeit ist das Maß der Einwirkung des Reichstags auf die Finanzwirtschaft des Reichs nur noch ein minimales. Die Einnahmen sind in den Gesetzen festgelegt, welche die indirecten Steuern regeln, also hat man in Bezug auf die Einnahmen kaum noch etwas zu sagen, und wir sind im Begriff das noch weiter zu entwickeln. (Zuruf links.) Ja ganz gewiß. (Zuruf links: Sie sind mit dabei gewesen!) Das ist durchaus nicht richtig. (Zuruf links: Zolltarif von 1879!) Das war ein Buch mit Ihrem Freihandelsystem und hing in keiner Weise mit den Finanzbefugnissen des Reichs zusammen. (Zuruf links: Branntwein!) Da haben Sie mitgetrunken. (Große Heiterkeit.) Denn es kommt nicht allein auf eine positive Mitwirkung, sondern auch auf faßbare Vernachlässigung des Mittels an, das man in der Hand hat und welches Sie, m. H. auf der Linken, hatten, um zu ganz anderen Resultaten zu gelangen. Damit bin ich allerdings ganz einverstanden, daß es endlich Zeit ist, mit den indirecten Steuern aufzuhören und, wenn wir weitere Bedürfnisse haben, auf die directen Steuern zurückzugreifen (Zuruf links: Kornzoll!), zumal im Interesse der Arbeiter. Unsere Hauptausgaben beziehen sich auf das Militär. Ob diese Ausgaben eifern festgelegt werden müssen, ist ja Gegenstand heftigen Kampfes gewesen. Neuerlich ist wieder behauptet worden, daß irgend jemand hier im Reichstage die nöthigen Mittel zur Vermehrung der Armee verweigert habe. Das ist ein Irrthum. Man hat lediglich das Finanzrecht behaupten wollen, daß man nach 3 Jahren wieder auf die Sache zurückkommen kann. Ich habe dies nachdrücklich hervor, weil man immer wieder die Sache zu verdunkeln sucht. Daß aus der Militärlast wesentlich die finanziellen Schwierigkeiten in den europäischen Staaten erwachsen, wird kein

